



Regionalbericht  
Osteuropa, Kaukasus und Zentralasien  
**Transformation im Schatten des Krieges**

von Hans-Joachim Spanger

Bertelsmann Stiftung  
Carl-Bertelsmann-Straße 256  
33311 Gütersloh  
Telefon +49 5241 81-0  
[www.bertelsmann-stiftung.de](http://www.bertelsmann-stiftung.de)

Der Text und die Abbildungen dieser Publikation sind urheberrechtlich geschützt und lizenziert unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International (CC BY-SA 4.0) Lizenz. Den vollständigen Lizenztext finden Sie unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legal-code.de>



Das Titelfoto (© PhotoDisc/Gettyimages.com) und die Logos sind ebenfalls urheberrechtlich geschützt, unterfallen aber nicht der genannten CC-Lizenz und dürfen nicht verwendet werden.

DOI 10.11586/2024027

# Regionalbericht BTI 2024

## Osteuropa, Kaukasus und Zentralasien

### Transformation im Schatten des Krieges

von Hans-Joachim Spanger\*

Überblick zu den Transformationsprozessen in Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Georgien, Kasachstan, Kirgisistan, Republik Moldau, Mongolei, Russland, Tadschikistan, Turkmenistan, Ukraine und Usbekistan



Dieser Regionalbericht analysiert die Ergebnisse des Transformationsindex BTI 2024 der Bertelsmann Stiftung im Untersuchungszeitraum vom 1. Februar 2021 bis zum 31. Januar 2023. Weitere Informationen finden Sie unter [www.bti-project.org](http://www.bti-project.org).

Zitiervorschlag:

Hans-Joachim Spanger, Transformation im Schatten des Krieges — BTI 2024-Regionalbericht Osteuropa, Kaukasus und Zentralasien, Gütersloh: Bertelsmann Stiftung 2024

---

\* Dr. Hans-Joachim Spanger ist Assoziiertes Mitglied des Leibniz-Instituts Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung in Frankfurt und BTI-Regionalkoordinator für Osteuropa, Kaukasus und Zentralasien.

## Einleitung

Im BTI 2024 weisen in der Region Osteuropa, Kaukasus und Zentralasien erneut alle Indizes – von der demokratischen Transformation über die marktwirtschaftliche Umgestaltung bis hin zur Governance – eine negative Tendenz auf, die ein weiteres Mal dem seit geraumer Zeit zu verzeichnenden globalen Abwärtstrend folgt. Damit ist von der moderaten positiven Aufwärtsbewegung nichts mehr übrig, mit der sich die Region sowohl im BTI 2020 als auch – in geringerem Umfang – im BTI 2018 von den globalen Entwicklungen abkoppeln konnte. Geblieben sind lediglich Vielfalt und Varianz, denn hinter den aggregierten Daten verbergen sich geradezu drastische Abstürze, Stagnationen, aber auch markante Konsolidierungen. Dies lässt sich vor allem auf eine zentrale Ursache zurückführen: Russlands Krieg, mit dem es sich seit dem 24. Februar 2022 die Ukraine zu unterwerfen sucht, wenn es nicht das Land gar vollständig von der Landkarte verschwinden lassen will.

Der umfassende Status-Index zur politischen und wirtschaftlichen Transformation reduzierte sich im regionalen Durchschnitt im Berichtszeitraum wie schon im BTI 2022 um 0,12 Punkte und fiel mit 4,99 auf den seit 2006 niedrigsten Wert. Ähnlich verhält es sich beim Demokratie-Status, der im BTI 2024 sogar um 0,16 Punkte nachgab und damit den Rückgang im BTI 2022 von -0,12 noch übertraf, ebenso wie den globalen Trend des BTI 2024 von -0,15. Auch der Wirtschafts-Status verzeichnete mit -0,07 Punkten eine, wenngleich moderate, Reduktion, die allerdings auch hier höher ausfällt als im globalen Durchschnitt von -0,01. Etwas ausgeprägter sind die negativen Veränderungen mit -0,08 beim Governance-Index, die sich in etwa auf dem Niveau des globalen Abwärtstrends (-0,09) bewegen.

Mit dieser Verstärkung des negativen Trends aus dem vorherigen Berichtszeitraum verfestigte sich die niedrige Ausgangsposition, in der sich die Region im globalen Maßstab befindet. Das gilt insbesondere für den Demokratie-Status, bei dem der eurasische Raum mit einem Wert von 4,73 lediglich noch den weiter abgefallenen arabischen Raum (3,47) übertrifft, jedoch nunmehr knapp auch hinter dem westlichen und zentralen Afrika (4,76) sowie deutlich noch hinter dem südlichen und östlichen Afrika (4,81) rangiert, ebenso wie unverändert hinter Asien (5,00) und weit hinter Lateinamerika (6,24), die ebenfalls Einbußen verzeichnen mussten.

Ähnlich das Bild beim Governance-Index, wo Osteuropa, der Kaukasus und Zentralasien mit einem Indexwert von 4,16 erneut nur den vorletzten Platz vor dem Nahen Osten (3,76) bekleiden, während sich die Durchschnittswerte der übrigen Regionen in einem Korridor zwischen 5,85 (Ostmittel- und Südosteuropa) und 4,36 (Südliches und Östliches Afrika) bewegen. Lediglich der Statuswert für die wirtschaftliche Transformation platziert die Region mit 5,24 erneut sowohl in der Nähe des globalen Durchschnitts (5,29), als auch oberhalb der Region Nordafrika und Naher Osten (4,70), dem subsaharischen Afrika (4,23/4,40) sowie in der Nähe des Wertes für Asien und Ozeanien (5,34), aber wie auch bei der politischen Transformation immer noch deutlich hinter Lateinamerika (5,80) und natürlich auch dem östlichen Europa (7,83).

Allerdings verbergen sich hinter diesen regionalen Durchschnittswerten erhebliche nationale Unterschiede, sowohl bei den absoluten Werten als auch bei den Veränderungen im Berichtszeitraum.

Bei allen drei Indizes ist es vor allem Russland, das im Zuge seiner militärischen Aggression gegen die Ukraine 2022 die regionalen Werte nach unten zieht: beim Demokratie-Status (-0,97), beim Status der wirtschaftlichen Transformation (-1,21) und beim Governance-Index (-0,93) weist es durchgängig die größten Verluste auf - und zählt nunmehr ebenfalls zu den "harten" Autokratien (mit zudem "gescheiterter" Governance), knapp vor den etablierten Schlusslichtern Tadschikistan und Turkmenistan. Im politischen und wirtschaftlichen Gleichschritt mit Russland hat sich auch bei Belarus der 2020 eingeleitete negative Trend verfestigt: seine Bewertung im Demokratie-Status ging mit -0,50 ebenso weiter zurück wie die des Governance-Index (-0,55), und auch der Trend im Wirtschafts-Status fällt mit -0,21 abermals deutlich negativ aus. Zwar bemüht sich Belarus, nicht unmittelbar als Kriegspartei aufzutreten, hat jedoch sein Territorium bereitwillig für den russischen Angriff auf die Ukraine zur Verfügung gestellt. Im Unterschied dazu weist das Opfer der konzertierten Aggression - die Ukraine - eine erstaunliche Resilienz auf, nicht nur militärisch. Zwar sind die wirtschaftlichen Einbußen mit einem Indexwert von -0,75 angesichts der Kriegsschäden beträchtlich, der Demokratie-Status (+0,25) und mehr noch der Governance-Index (+0,73) weisen dagegen entgegen dem regionalen Trend positive Werte auf - trotz des im Februar 2022 verhängten Kriegsrechts und im Zeichen einer singulären gesellschaftlichen Mobilisierung.

Ähnlich wie die Ukraine konnten auch zwei weitere Demokratien der Region, Moldau und Armenien, sowohl beim Demokratie-Status (Moldau +0,55, Armenien +0,15) als auch beim Governance Index (Moldau +0,70, Armenien +0,10) positive Entwicklungen verzeichnen. Im Unterschied dazu setzte sich bei den beiden anderen Demokratien Georgien und Kirgisistan der bereits im BTI 2022 verzeichnete Abwärtstrend beschleunigt fort. Georgien büßte beim Demokratie-Status mit -0,45 deutlich ein und rangiert nunmehr als "stark defekte" Demokratie (beim Governance-Index betrug der Rückgang 0,35). Kirgisistan verlor beim Demokratie-Status mit -0,98 noch deutlicher: Nach den bis November 2021 verzögerten und mit zahlreichen Unregelmäßigkeiten abgehaltenen Neuwahlen sowie den Verfassungsänderungen vom Mai 2021, die zu einer deutlichen Einschränkung der Gewaltenteilung führte, wird das Land im BTI 2024 nicht mehr als "stark defekte Demokratie", sondern als "gemäßigte Autokratie" kategorisiert. Beim Governance-Index hat Kirgisistan 0,36 Punkte eingebüßt, was - anders als bei Georgien - hier ebenfalls zu einer Abstufung zur "schwachen" Governance führt.

Den nunmehr acht Autokratien der Region, von denen die zentralasiatischen sowohl im Demokratie-Status als auch im Governance-Index nur marginale (überwiegend negative) Änderungen aufzuweisen haben, stehen nur mehr fünf Demokratien gegenüber. Dabei sticht ins Auge, dass mit der Ukraine, Armenien und Moldau jene drei Demokratien ihre Position konsolidieren (Moldau) beziehungsweise in einer Umkehrung des negativen Trends aus dem BTI 2022 sogar verbessern konnten (Armenien, Ukraine), die unter massivem äußeren Druck stehen. Während sich die Ukraine im Krieg befindet, ist Armenien kontinuierlichem militärisch unterlegtem diplomatischen Druck seines Nachbarn Aserbaidschan ausgesetzt, und Moldau leidet erheblich unter den Folgen des Krieges in der Ukraine, die von einer hohen Zahl ukrainischer Kriegsflüchtlinge über Lieferunterbrechungen und Preisschocks bei der Energieversorgung bis zu russischen Diversionsaktivitäten unter Einschluss der Separatisten in Transnistrien reichen. Einem ähnlichen Druck sind weder Georgien noch Kirgisistan ausgesetzt - im Gegenteil profitieren sie von unverhofften Marktchancen, die sich durch das Sanktionsregime des Westens gegenüber Russland ergeben haben sowie von mancherlei politischen Avancen, mit denen Moskau jene Länder bedenkt,



die es zur freundlich gesonnen "globalen Mehrheit" rechnet. Im Zuge dessen prägt sich ihre Afinität zu Russland sukzessive stärker aus, ungeachtet der Tatsache, dass auch Georgien unverändert mit einem russisch abgesicherten Separatismus konfrontiert ist.

Dass der Rückgang des Status der wirtschaftlichen Transformation in der Region Osteuropa, Kaukasus und Zentralasien um 0,07 Punkte vergleichsweise gering ausfällt, verdankt sich der Tatsache, dass es neben Kriegsverlierern auch eine ganze Reihe von Kriegsgewinnern gibt. Sie profitieren wie Usbekistan (+0,21), Aserbaidshan (+0,18) und Kasachstan (+0,11), aber auch Armenien und die Mongolei (jeweils +0,21), zum einen von gestiegenen Rohstoffpreisen und zum anderen von der russischen Emigration, die sich in zwei Wellen zu Beginn des Krieges gegen die Ukraine und erneut im Zuge der Mobilmachung im Herbst 2022 vollzogen, in einer Größenordnung von bis zu 1 Million Menschen, von denen ein beträchtlicher Teil in den Nachbarländern verblieb. Hinzu kommen die russischen Bemühungen, das Sanktionsregime des Westens durch "parallele" Graumarktimporte zu durchbrechen sowie jene Lücken zu schließen, die der Rückzug von mehr als 1.000 westlichen Unternehmen vom russischen Markt hinterlassen hat. Hier spielen neben Ländern wie der Türkei, China oder Serbien die Partner Russlands in der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft – sofern sie nicht wie Belarus selbst Sanktionen unterworfen sind – eine naturgemäß prominente Rolle.

## Politische Transformation

Tab. 1: Entwicklungsstand der politischen Transformation

sich konsolidierende Demokratien Werte 10 bis 8	defekte Demokratien Werte < 8 bis 6	stark defekte Demokratien Werte < 6	gemäßigte Autokratien Werte ≥ 4	harte Autokratien Werte < 4
	Mongolei	Georgien ▼	Kirgisistan ▼	Kasachstan
	Ukraine			Usbekistan
	Armenien			Aserbaidshan
	Republik Moldau			Belarus
				Russland ▼
				Tadschikistan
				Turkmenistan

Die Tabelle folgt den Indexwerten im BTI 2024. Die Länder sind entsprechend ihrer Systemkategorisierung und der Bewertung des politischen Transformationsstands angeordnet. Pfeile markieren Kategorienwechsel im Vergleich zum BTI 2022.

Nachdem die politische Transformationsbilanz des BTI 2022 nur moderate Veränderungen verzeichnete, fallen diese im BTI 2024 sehr viel markanter aus, auch wenn dies im regionalen Wert mit -0,16 nur begrenzt zum Ausdruck kommt. Insgesamt sind drei Abstufungen zu verzeichnen: Georgien, das dank seines bürokratisch-paternalistischen Autoritarismus bereits im BTI 2022 mit -0,50 Punkten deutliche Einbußen erlitten hatte, rangiert mit neuerlich -0,45 (auf 5,65) nur mehr als "stark defekte" Demokratie. Kirgisistan, das ebenfalls bereits im BTI 2022 mit -0,55 Punkten deutlich schwächer tendierte, muss nunmehr im Zuge der autoritären Konsolidierung unter der Herrschaft des Präsidenten Sadyr Dschaparow nach einem abermaligen Rückgang auf 4,57 als "gemäßigte Autokratie" gelten (hier betrug die Einbuße -0,98, wobei der hohe Wert auch der Tatsache geschuldet ist, dass das Land nach der Abstufung demokratiespezifische

Schwellenwerte bei einzelnen BTI-Scores nicht mehr überschreiten kann, es folglich einen Multiplikatoreffekt gibt). Und Russland erlebte den markantesten Absturz: Als einstmals einzige "gemäßigte" Autokratie der Region fiel es in die Gruppe der "harten" Autokratien ab, wo es mit einem Wert von 3,43 nur mehr knapp vor den auch im globalen Maßstab traditionellen Schlusslichtern Tadschikistan (2,82 mit -0,10) und Turkmenistan (unverändert 2,70) rangiert. Damit vollendet sich ein seit 2012 anhaltender repressiver Trend, was nur partiell dem Krieg geschuldet ist, denn um jenseits der drastisch verschärften Repression im Jahr 2022 den Eindruck einer fortbestehenden Normalität aufrechtzuerhalten, hat Moskau anders als Kyiv auf eine Verhängung des Kriegsrechts (bislang) verzichtet. Russland befindet sich damit auf dem gleichen Niveau wie Belarus, das nach einem weiteren Rückgang um 0,50 Punkte einen Wert von 3,47 erreicht. Dessen Herrscher Aljaksandr Lukaschenka lehnt sich faute de mieux nicht nur eng an Russland an, er führt auch mit seiner fortgesetzten Repression einen de-facto Krieg gegen die eigene Bevölkerung, nachdem er dieser 2020 die (Präsidentenschafts-)Wahl gestohlen hatte.

Während im BTI 2022 die Demokratien mit der Ausnahme von Moldau durchgängig negative Vorzeichen aufwiesen, sind sie nunmehr die einzigen Länder der Region, die positiv hervortreten - und damit dem existentiellen Druck widerstehen, dem gerade sie von außen ausgesetzt sind. Drei Länder konnten ihren Status als "defekte" Demokratien konsolidieren: die Ukraine mit +0,25 (auf 7,05), Armenien mit +0,15 (auf 6,90) und Moldau mit sogar +0,55 (auf 6,70), während die Mongolei als Spitzenreiter der Gruppe mit 7,25 keine Veränderung aufweist.

Dass die Verbesserung in Armenien vergleichsweise geringer ausfällt, ist darauf zurückzuführen, dass zwar keine weiteren der im BTI 2022 verzeichneten Rückschritte nach der ursprünglichen Euphorie der "Samtenen Revolution" von 2018 zu verzeichnen sind, aber eben auch nur begrenzte Fortschritte. Im Zeichen der militärischen Niederlage im 44-Tage Krieg um Bergkarabach 2020 und dessen Nachwehen ist die armenische Innenpolitik gänzlich der Außenpolitik untergeordnet und steht im Zeichen der existentiellen Bedrohung durch den Nachbarn Aserbaidschan (und seinem Verbündeten Türkei).

Zwar konnte Ministerpräsident Paschinjan bei den vorgezogenen Parlamentswahlen am 20. Juni 2021 entgegen allen Erwartungen mit 53,9 Prozent (bei einer Wahlbeteiligung von 49 Prozent) einen überzeugenden Wahlsieg erringen und damit ein erneuertes Mandat für seinen Reformkurs erhalten. Die Parteienbündnisse seiner beiden wichtigsten Gegenspieler und Vorgänger als Repräsentanten des autokratisch-hybriden Regimes (und des Kremls), Robert Kotscharjan und Sersch Sargsjan, schnitten mit 21 respektive 5 Prozent dagegen bescheiden ab. Das änderte jedoch kaum etwas an dem angespannten innenpolitischen Klima, unter dem bereits die Wahlen stattfanden, zu denen sich Paschinjan unter dem konzertierten Druck des (dem alten Regime verbundenen) Präsidenten, der Militärführung, des Katholikos und im Zeichen heftiger Demonstrationen (inklusive Straßenblockaden sowie der Erstürmung von Parlaments- und Regierungsgebäuden) gezwungen sah. Angesichts des fortdauernden militärischen Drucks von Seiten Aserbaidschans und der von Paschinjan seit April 2022 mehrfach signalisierten Kompromissbereitschaft in den strittigen Territorialfragen - vor allem um Bergkarabach -, riss der Widerstand der Opposition in Armenien nicht ab und entlud sich immer wieder in zum Teil militanten Demonstrationen. Dazu gehörte auch, dass die beiden Oppositionsfraktionen - „Armeniens Allianz“ und „Ich habe die Ehre“ - mit ihren 35 Abgeordneten (von insgesamt 107) zwischen Juli und November 2022 die Parlamentsarbeit boykottierten.

Da dies einen Großteil der Aufmerksamkeit in Jerewans politischer Klasse absorbierte, unterblieben viele der von Paschinjan im Wahlkampf erneuerten Reformvorhaben oder versandeten im parlamentarischen Entscheidungsprozess. Das gilt insbesondere für die Justizreform, wo etwa die angekündigte Lustration immer noch eines rechtlichen Rahmens harrt, aber auch für die Medien, die wie die Justiz nach wie vor unter erheblichem Einfluss von Kräften des alten Regimes stehen. Größere Fortschritte waren dagegen beim wichtigsten Wahlversprechen, der Korruptionsbekämpfung, zu verzeichnen, auch wenn diese sich vornehmlich gegen die in besonderem Maße korrupte alte Elite richtete. So konnte nach mehrjähriger Vorbereitung im Sommer 2022 der neu gegründete Gerichtshof für Korruptionsverfahren seine Arbeit aufnehmen, und es wurden im Zuge des bereits 2020 verabschiedeten Gesetzes über illegal erworbenen Besitz erste Konfiszierungen vorgenommen: bis Mitte 2022 in insgesamt 13 von 574 untersuchten Fällen, was angesichts der aufwändigen Verfahren und des heftigen Widerstands der Betroffenen eine nicht zu unterschätzende Zahl darstellt.

Auch in Moldau hat sich im Zuge des russischen Angriffs 2022 das innenpolitische Klima (ein weiteres Mal) deutlich verschärft. Allerdings folgte die Polarisierung der Innenpolitik in Moldau – anders als in Armenien – schon immer einem externen „Vektor“, der von den beiden Polen Moskau und Brüssel geprägt war, auch wenn dies während der ungebrochenen Oligarchen-Herrschaft häufig nur den Vorhang für gänzlich andere Aktivitäten hinter den Kulissen abgab. Auch in Moldau fanden am 11. Juli 2021 vorgezogene Parlamentswahlen statt, die dort die unerquickliche Kohabitation aus liberaler Präsidentin und sozialistisch, sprich: pro-russisch, gesteuerter Regierung mit einem in der Geschichte des Landes singulären Wahlsieg des liberalen, respektive: pro-europäischen, Parteienbündnisses „Aktion und Solidarität (PAS)“ beendete: Es errang 52,8 Prozent der Stimmen (bei einer Wahlbeteiligung von 48 Prozent). Das eröffnete Moldau die Chance, gemeinsam mit der Ukraine, und zweifellos beschleunigt durch den Krieg, am 23. Juni 2022 von der EU den Status als Beitrittskandidat eingeräumt zu bekommen. Innerhalb Moldaus löste dies eine namentlich von der Șor-Partei gesteuerte und finanzierte Protestwelle aus, an der auch Moskau regen Anteil hatte. Ilan Șor, rechtskräftig verurteilter und nach Israel entfloherer Ex-Oligarch, bildete mit Vlad Plahotniuc die zweite Säule der Oligarchen-Herrschaft und war maßgeblich daran beteiligt, 2014 aus dem moldauischen Bankensystem mehr als 750 Millionen US-Dollar abzuzweigen. Die Demonstrationen fanden trotz der externen Steuerung und trotz des bereits im Februar 2022 verhängten Ausnahmezustands ohne nennenswerte behördliche Einschränkungen statt, allerdings wurde die Șor-Partei am 19. Juni 2023 auf Antrag der Regierung vom Verfassungsgericht verboten.

Zwar entschied das Verfassungsgericht damit im Sinne der Regierung, fungiert darüber hinaus aber nicht länger als verlängerter Arm der Oligarchen-Interessen oder der politischen Exekutive. Im Gegenteil hat die Regierung seit 2021 einige Anstrengungen unternommen, um die Unabhängigkeit der Justiz zu sichern und vor allem auch deren Korruptionsanfälligkeit zu beseitigen. So sieht ein im Februar 2022 verabschiedetes Gesetz eine Überprüfung aller Richter und Staatsanwälte vor, die bis 2025 von sechsköpfigen Kommissionen wahrgenommen werden soll, die jeweils zur Hälfte vom Parlament und von Moldaus „Entwicklungspartnern“ zu besetzen sind. Dies ist sehr viel weitreichender als in Armenien und verspricht, die Praxis wechselseitiger Absicherung unter den Richtern und Staatsanwälten wirkungsvoll einzudämmen.



Starke Einschränkungen gab es im Zeichen des Krieges bei den Medien: Seit März 2022 sind russische Sender verboten, seit November für die Dauer des Ausnahmezustands auch sechs moldauische TV-Sender, die russische Inhalte verbreiten. Das hatte indes eine nur begrenzte Wirkung, denn in zumindest einer Region, der traditionellen Hochburg der Russophilie Gagausien, können alle Sender problemlos empfangen werden – und werden offenkundig auch eifrig konsumiert. Denn bei den dort im April und Mai 2023 durchgeführten Gouverneurswahlen siegte die Kandidatin der Şor-Partei in der Stichwahl vor ihrem Konkurrenten von der Sozialistischen Partei, die beide auf einer dezidiert pro-russischen Plattform antraten. Neben allerlei Unfug hatte sie im Wahlkampf unter anderem versprochen, eine gagausische Dependence in Moskau und im Gegenzug eine russische Hochschule in der Region eröffnen zu wollen.

Pro-russische Sympathien finden sich in der Ukraine nach dem Beginn der umfassenden Invasion am 24. Februar 2022 nicht mehr. Russlands Kriegsziele beim Angriff auf die Ukraine waren erklärtermaßen eine "Entnazifizierung" und eine "Demilitarisierung" des Landes. Ersteres steht für Regime Change, letzteres dafür, die Ukraine ihrer Souveränität zu berauben und einen Freifahrtschein für die Annexion vermeintlich historisch verbrieften russischen Territoriums zu erhalten. Alle anderen deklarierten Ziele, von der Verhinderung eines imaginierten "Genozids" an den ethnischen Russinnen und Russen in der Ukraine (illustrativ reduziert auf den Gebrauch ihrer Sprache) bis zum Kampf gegen die globale Hegemonie der USA und ihrer "Satelliten" in Europa und Asien sind lediglich dekoratives Beiwerk, das nicht verbergen kann, dass die ursprüngliche militärische und politische Planung grandios gescheitert ist. Russland hat das genaue Gegenteil erreicht, gerade auch in der Ukraine. Heute identifizieren sich nach einer Umfrage vom Dezember 2022 95 Prozent der Bewohner des Landes als Ukrainer:innen, während es 2017 noch 88 Prozent waren. Und einer Umfrage vom April 2022 zufolge engagierten sich 80 Prozent der Befragten bei der Verteidigung des Landes, als Freiwillige im Militärdienst oder Zivilschutz sowie durch Spenden. 93 Prozent erwarteten einen Sieg der Ukraine.

Die Fortschritte der Ukraine bei der politischen Transformation unter den massiv erschwerten äußeren Umständen verdanken sich folglich einer Kombination aus existentieller Bedrohung, gesellschaftlicher Mobilisierung und der umfassenden äußeren Unterstützung. Die traditionelle Macht der Oligarchie ist dagegen zurückgegangen, durch gesetzliche Beschränkungen ihrer Medienkontrolle wie durch die kriegsbedingten materiellen Verluste in einer Größenordnung von bis zu 60 Prozent ihrer Aktiva. Zwar gab es im Zuge des Kriegsrechts eine Reihe von Einschränkungen wie das Verbot jener 16 Parteien, die wie die „Oppositionsplattform – Für das Leben“ intime Verbindungen nach Moskau pflegten. Zugleich aber gab es sowohl bei der Justizreform als auch bei der Korruptionsbekämpfung erkennbare Fortschritte, die in der Vergangenheit regelmäßig blockiert worden waren und jetzt von der EU mit Blick auf den Beitrittsprozess nachdrücklich gefordert wurden. So war etwa zwischen August 2020 und Juli 2022 die Position des Generalstaatsanwalts für Korruptionsverfahren unbesetzt, und erst nach Beseitigung dieser Blockade wurden Ermittlungen aufgenommen, die im zweiten Halbjahr 2022 zur Aufdeckung einer ganzen Reihe prominenter Fälle in der Militär- wie Zivilverwaltung führten. Hier sah die EU-Kommission in ihrem Zwischenbericht zur Einleitung von Beitrittsverhandlungen Anfang 2023 allerdings noch Defizite, ebenso wie bei der Reform des Verfassungsgerichts (insgesamt sieht sie zwei von sieben Anforderungen erfüllt). Positiver bewertet sie dagegen die Justizreform. Hier findet nunmehr ein ähnliches Verfahren zur Überprüfung und Bestellung von Richtern und Staatsanwälten statt wie in Moldau: Nach Verabschiedung eines entsprechenden Gesetzes im Juli

2021 wurden unter paritätischer Besetzung mit ausländischen Expertinnen und Experten Kommissionen eingerichtet, die im Verlauf des Jahres 2023 ihre Arbeit aufnehmen sollen. Die demokratischen Institutionen – einschließlich des Parlaments – nehmen folglich auch unter den Kriegsbedingungen ihre Funktionen wahr – mit einer Unterstützung von außen, die militärisch wie finanziell präzedenzlose Dimensionen erreicht hat, aber auch im Unterschied zur Vergangenheit mit entsprechenden Kontrollmechanismen einhergeht. Ohne diese wäre die Ukraine weder reform- noch überlebensfähig.

Georgien, das am 3. März 2022 ebenfalls einen Beitrittsantrag an die EU gerichtet hatte, erhielt stattdessen aus Brüssel eine Liste mit 12 „Empfehlungen“, deren Umsetzung eine Anhebung des Status verspricht. Sie enthält den vertrauten Forderungskatalog zur Justizreform, Korruptionsbekämpfung, Stärkung der Medien und der Zivilgesellschaft sowie speziell zu Georgien die Forderung nach einer auf die (gar nicht so) graue Eminenz der Regierungspartei „Georgischer Traum“, Bidsina Iwanischwili, zielende „Entoligarchisierung“ und einer „Entpolarisierung“ der Innenpolitik, was Michail Saakaschwilis politisches Lager einschließt. Von diesen 12 Forderungen erfüllt das Land aktuell allenfalls drei, zudem politisch nicht übermäßig ambitionierte: die Geschlechtergleichheit, das Amt einer Ombudsperson und die Befolgung von Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs. Stattdessen aber unternahm die Regierung Anfang 2023 Anstrengungen, nach russischem Vorbild über ein Gesetz zu „ausländischen Agenten“ die NRO-Szene unter Kontrolle zu bringen. Das Ziel wird zwar weiterverfolgt, das Gesetzesvorhaben wurde jedoch unter dem Eindruck heftiger Proteste erst einmal auf Eis gelegt. Dass Russland zum 15. Mai 2023 die Visapflicht für Georgier aufgehoben und erneut die seit 2019 suspendierte direkten Flugverbindungen zugelassen hat, rundet ein Bild ab, das der (einst vom „Georgischen Traum“ nominierten) Präsidentin Salome Surabischwili als gezielte „Provokation“ erschien und der Opposition als Schritt auf dem Weg, eine russische Provinz zu werden.

Während die verbliebenen fünf Demokratien der Region ein überwiegend ermutigendes Bild abgeben, befinden sich die Autokratien in einer politischen Abwärtsspirale, im Falle von Belarus und Russland sogar stark beschleunigt. Dabei trat im vergangenen Jahr 2022 ein strukturelles Problem zutage, das ein beträchtliches Konfliktpotential entfaltete und die ihnen inhärente Instabilität offenbarte: die autokratische Nachfolgeregelung. Es traf nahezu alle von ihnen, gleich ob sie dem dynastischen Herrschaftsmodell verpflichtet sind oder einem autokratisch-bonapartistischen. Und es offenbart das strukturelle Dilemma der Autokratien, dass Herrschaft in hohem Maße personalisiert ist, mit den Autokraten folglich ebenso steht und fällt wie die Clan-Netzwerke, die sich um sie herum bilden.

Den Auftakt machte am 2. Januar 2022 Kasachstan. Proteste, die sich an einer Benzinpreiserhöhung entzündeten, eskalierten schnell zu gewalttätigen Attacken auf Regierungsgebäude und Brandschatzungen, die fast das gesamte Land erfassten. Sie konnten nach einigen Tagen mit bis zu 160 Toten blutig niedergeschlagen werden, unter Assistenz von etwa 3.000 überwiegend russischen Soldaten, die von der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS) auf Wunsch Astanas eingeflogen wurden. Es ist bis heute undurchsichtig geblieben, ob sich die Proteste gegen das von Nursultan Nasarbajew geprägte Regime und gegen ihn persönlich richteten oder ob nicht vielmehr Akteure aus seinem Umfeld diese gegen seinen Nachfolger mobilisierten. Auf jeden Fall nutzte Präsident Kassym-Schomart Tokajew die Chance, seinen Vorgänger seiner Machtpositionen zu berauben, mit denen dieser aus dem Hintergrund unverändert die Fäden zog. So verlor Nasarbajew schon kurz nach Ausbruch der Unruhen seinen Vorsitz im Nationalen

Sicherheitsrat sowie den von ihm installierten Geheimdienstchef, musste den Vorsitz der Regierungspartei Nur Otan abgeben und verlor schließlich auch den Immunität garantierenden Titel als „Führer der Nation“ (Elbasy) – ganz zu schweigen von der Rückbenennung der Hauptstadt „Nursultan“ in „Astana“. Das von einigen Autokraten in der Region als Vorbild idealisierte kasachische Nachfolgemodell war offenkundig gescheitert – und Tokajew sicherte sich in vorgezogenen Präsidentschaftswahlen im November 2022 und Parlamentswahlen im März 2023 mit den aus der Nasarbajew-Ära vertrauten Methoden komfortable Stimmergebnisse sowie das Mandat, nunmehr auch die Nasarbajew-Netzwerke durch die eigenen zu ersetzen.

In Usbekistan war mit der Installierung von Schawkat Mirsijojew, dem langjährigen Ministerpräsidenten Karimows, ein ähnliches Modell verfolgt worden – allerdings erst nach dessen Tod (was dem Familienclan und seinen Wirtschaftsinteressen schon am Beginn das „Dach“ entzog). Mirsijojew entschied sich 2022 für das Putin-Modell einer maximalen Amtszeitverlängerung. Zwar scheiterte der erste Anlauf einer Verfassungsänderung im Juli 2022, als in Karakalpakstan Demonstrationen ausbrachen, die sich dagegen wandten, dass in der neuen Verfassung ihr (nominelles) Recht auf Sezession gestrichen werden sollte, das immerhin an der Wiege des unabhängigen Usbekistan stand. Die Proteste wurden blutig niedergeschlagen (Meldungen reichen von offiziellen 21 bis zu inoffiziellen 300 Toten) und das Verfassungsreferendum am 30. April 2023 nachgeholt. Mit ihm wurde die Amtszeit des Präsidenten auf sieben Jahre ausgedehnt, auf zwei begrenzt und zugleich auf null gesetzt. Um die damit ermöglichten 14 Jahre maximal auszunutzen, setzte Mirsijojew für den 9. Juli 2023 Neuwahlen an, deren Ergebnis ebenso vorherzusehen ist wie die Zustimmung zur neuen Verfassung: mehr als 90 Prozent. Damit dürfte für den heute 65-jährigen Mirsijojew die Zukunft (bis 2037) hinlänglich abgesichert sein.

Den vermeintlich sichersten Weg dynastischer Erbfolge schlug Gurbanguly Berdimuchamedow in Turkmenistan ein, als er im März 2022 seinen Sohn Serdar zum Nachfolger bestimmte und in einer vorgezogenen Präsidentenwahl mit 73 Prozent bestätigen ließ. Er selbst behielt die eher dekorative Position als Sprecher des Oberhauses. Allerdings wurde schnell klar, dass Serdar durchaus eigene Vorstellungen zur Amtsführung hatte sowie im In- und vor allem im Ausland weit sichtbarer als sein Vater im Licht der Öffentlichkeit stand. So führte er eine Kabinettsumbildung durch und entließ Vertraute seines Vaters, darunter den Generalstaatsanwalt. Die Folge: Kein Beamter im Regierungsapparat wusste mehr, wer denn nun der Boss war. Um die wahren Machtverhältnisse zu verdeutlichen und sich den angemessenen Platz zu sichern, veranlasste Gurbanguly eine weitere Parlamentsreform: Aus dem erst 2021 eingeführten Zwei-Kammer-Parlament, wurde durch Wahlen im März 2023 ein mit nahezu unbegrenzten (Überwachungs-)Kompetenzen ausgestattetes Ein-Kammer-Parlament, dem er selbst vorsitzt.

In Aserbaidschan und Tadschikistan werden offenkundig ähnliche dynastische Modelle angepeilt. So kürte Ilham Alijew 2017 seine Frau Mehriban im Zuge einer Verfassungsreform zur Vizepräsidentin, und in Tadschikistan sucht Emomalij Rahmon im fortgeschrittenen Alter von 70 Jahren und seit 1994 im Amt seinen Sohn durch Übergabe des Bürgermeisteramts von Duschanbe 2017 sowie 2020 des Vorsitzes im Senat, dem Oberhaus des Parlaments, weiter politisch aufzubauen. Davor hatte dieser, um den einschlägigen Erfahrungsschatz zu bereichern, die Antikorruptionsbehörde des Landes geleitet. Zumindest in Aserbaidschan ist dieses Modell vertraut, denn Ilham hatte bereits 2003 die Nachfolge seines Vaters Haydar angetreten. Eine Garantie,

dass die Interessen der involvierten Clans, etwa der Alijewes und der Paschajewes in Aserbaidschan, auf diese Weise gesichert werden können, gibt es indes nicht. Zu sehr hängt die Stabilität der Regime an den Personen, die sie geschaffen haben.

Das gilt nicht zuletzt auch für Russland, wo 2024 die aktuelle Amtszeit von Wladimir Putin endet. Erschwerend kommt hinzu, dass er angesichts seiner ebenso einsamen wie in jeder Hinsicht kriminellen Kriegsentscheidung die größten Risiken für Leib und Leben zu gewärtigen hat. Jewgenij Prigoschins zur offenen Rebellion eskalierte Insubordination ist ein unzweideutiges Menetekel. Gleichwohl: Dass Putin die Präsidentschaftswahlen gewinnt, steht bereits fest. Bleibt es bei den geltenden Regularien, so beginnt 2024 für Putin im Alter von dann (fast) 72 Jahren die erste jener beiden sechsjährigen Amtszeiten, die er sich in einem Last-Minute-Coup bei der Verfassungsreform 2020 gesichert hatte.

Auf jeden Fall hat Putin innenpolitisch vorgesorgt, nicht nur mit der 2016 gegründeten Nationalgarde, mehr als 300.000 Personen stark und von seinem ehemaligen Leibwächter und engem Vertrauten Wiktor Solotow kommandiert. Auch der Repressionsapparat läuft auf Hochtouren. Drakonische Strafen werden verhängt. Mit ihnen wird nicht nur der prominenteste Oppositionelle, Aleksej Nawalnij, in immer neuen Verfahren überzogen; auch andere Kritiker, wie Wladimir Kara-Mursa oder Ilja Jaschin, sind betroffen: Ersterer wurde nach zwei Giftanschlägen, die er 2015 und 2017 erlitt, im April 2023 wegen „Hochverrats“, konkret: seiner Kritik am Ukraine-Krieg, zu 25 Jahren Haft verurteilt, letzterer im Dezember 2022 wegen „Diskreditierung des Ansehens der Streitkräfte“ zu 8,5 Jahren. Selbst Ein-Personen-Proteste mit weißen Schildern gelten als Diskreditierung und führen mindestens zu Arresten. Insgesamt sollen nach Zählungen der NRO OVD-Info 20.000 Russinnen und Russen seit Beginn des Krieges wegen solcher Kritik zu Geld-, kürzeren Arrest- oder längeren Gefängnisstrafen verurteilt worden sein.

Jegliche Form der offenen Meinungsäußerung ist tabu, es sei denn, sie profiliert sich als Ultrapatriotismus. Unabhängige Medien sind völlig verschwunden und können nur mehr aus dem Ausland operieren, das Internet wird immer weiter eingeschränkt und ist vielfach nur über VPN-Tunnel zu erreichen. Die Liste der „unerwünschten Organisationen“ wird wöchentlich länger. Bei ihnen ist jeglicher Kontakt strafbewehrt. Die bereits 2012 eingeführte Stigmatisierung als „ausländischer Agent“ umfasst mittlerweile 550 Organisationen und seit einigen Erweiterungen auch Personen „unter ausländischem Einfluss“. Und um abschließend ein besonders abstruses Beispiel der Putin-affinen Paranoia zu präsentieren: Im Frühjahr 2023 wurde eine Gesetzesinitiative in die Staatsduma eingebracht, um „Russophobie“ – im In- wie im Ausland – mit 5-jähriger Gefängnisstrafe zu bedrohen. Darunter fällt alles, selbst die Haftbefehle des Internationalen Strafgerichtshofs (dessen Chefankläger Karim Khan bereits zuvor vom russischen Ermittlungskomitee zur Fahndung ausgeschrieben worden ist).

## Wirtschaftliche Transformation

Bei der ökonomischen Transformation gibt es nur einen Kategorienwechsel: Russland rutscht im Zuge des von ihm entfachten Kriegs gegen die Ukraine mit -1,21 (auf 4,93) in die nunmehr dreiköpfige Gruppe mit „stark eingeschränkter“ Transformation ab. Dieser steht weiterhin eine jetzt neunköpfige Gruppe mit „eingeschränkter“ Wirtschaftstransformation gegenüber. In ihr verzeichnen wie schon beim Demokratie-Status drei Demokratien eine zum Teil deutliche Verbesserung: Armenien mit +0,21 (auf 6,32), Moldau mit +0,36 (auf 6,04) und die Mongolei mit +0,21 (auf 5,86). Georgien fällt insofern aus dem Rahmen, als seine Verbesserung mit +0,04 (auf 5,93) nur marginal ist. Einen drastischen Rückgang muss dagegen die Ukraine verzeichnen: Sie büßte auf Grund der gezielten Zerstörung der ukrainischen Industrie sowie ihrer Energie- und Verkehrsinfrastruktur durch das russische Militär 0,75 Punkte (auf 5,96) ein. Belarus, das ebenso wie Russland im Zuge des Krieges mit (weiteren) westlichen Wirtschaftssanktionen belegt wurde, verliert wie schon im BTI 2022 erneut und zwar um -0,21 Punkte (auf 5,04). Während es bei den beiden traditionellen Schlusslichtern Tadschikistan und Turkmenistan keine Veränderung gibt und Kirgisistan einen marginalen Rückgang um 0,04 Punkte (auf 5,39) verzeichnet, konnten die übrigen Autokratien – nicht zuletzt dank der Erholung der internationalen Rohstoffmärkte nach der Corona-Pandemie – Zuwächse verbuchen: Usbekistan, das mit +0,21 (auf 4,79) seine graduelle Verbesserung unter der Mirsijjew-Präsidentschaft fortsetzen konnte, Aserbaidshans, das mit +0,18 (auf 5,54) wieder Anschluss an die Werte aus der Zeit des Ressourcenbooms Mitte des vergangenen Jahrzehnts gewinnen konnte, und Kasachstan mit +0,11 (auf 6,14). Kasachstan konnte damit als einzige Autokratie nach mehrjähriger Stagnation seine Position im Spitzenfeld der Länder mit „eingeschränkter“ Wirtschaftstransformation konsolidieren.

Tab. 2: Entwicklungsstand der wirtschaftlichen Transformation

weit fortgeschritten	fortgeschritten	eingeschränkt	stark eingeschränkt	rudimentär
Werte 10 bis 8	Werte < 8 bis 7	Werte < 7 bis 5	Werte < 5 bis 3	Werte < 3
		Armenien	Russland ▼	Turkmenistan
		Kasachstan	Usbekistan	
		Republik Moldau	Tadschikistan	
		Ukraine		
		Georgien		
		Mongolei		
		Aserbaidshans		
		Kirgisistan		
		Belarus		

Die Tabelle folgt den Indexwerten im BTI 2024. Die Länder sind entsprechend ihrer Bewertung des wirtschaftlichen Transformationsstands angeordnet. Pfeile markieren Kategorienwechsel im Vergleich zum BTI 2022.

Dieser Befund korrespondiert mit den Daten zur Wirtschaftsentwicklung, ohne indes deckungsgleich zu sein, denn der BTI-Status reflektiert umfassender die Wirtschaftspolitik der fraglichen Länder, die im Regelfall zwar auf BIP-Wachstum zielt, dieses aber nicht beliebig steuern kann. So sind zum Beispiel externe Schocks ein – selten vorhersehbarer – intervenierender Faktor. Ein solcher war die Corona-Pandemie, was sich in den Daten praktisch aller Länder für das Jahr 2020 deutlich niedergeschlagen hat (die abweichenden Daten etwa für Tadschikistan sind das Ergebnis notorisch unzuverlässiger Erfassung). Die folgende Tabelle für die Jahre 2020–2022 basiert auf den Angaben des IWF und ist gemäß dem BIP-Wachstum im Jahr 2022 gruppiert.

#### Reales BIP-Wachstum (in %)

	2022	2021	2020
<b>Armenien</b>	+12,6	+5,7	-7,4
<b>Georgien</b>	+10,1	+10,4	-6,8
<b>Tadschikistan</b>	+8,0	+9,2	+4,4
<b>Kirgisistan</b>	+7,0	+3,7	-8,6
<b>Usbekistan</b>	+5,7	+7,4	+1,9
<b>Mongolei</b>	+4,8	+1,4	-4,6
<b>Aserbaidshan</b>	+4,6	+5,6	-4,3
<b>Kasachstan</b>	+3,2	+4,0	-2,6
<b>Turkmenistan</b>	+1,8	+4,9	-3,0
<b>Russland</b>	-2,1	+4,7	-2,7
<b>Belarus</b>	-4,7	+2,3	-0,7
<b>Moldau</b>	-5,6	+14,0	-8,3
<b>Ukraine</b>	-30,3	+3,4	-3,8

Quelle: IWF

Nach einer zum Teil fulminanten Erholung 2021 (wie in Moldau und Georgien) und einer eher schleppenden (wie in der Mongolei und Belarus), ist 2022 an die Stelle von Corona ein anderer für die meisten Länder externer Schock getreten: Russlands Krieg gegen die Ukraine mit seinen zerstörerischen und restriktiven Folgen. Davon sind vier Länder negativ betroffen – und mit weitem Abstand am stärksten die Ukraine. Anders als bei Corona gibt es hier jedoch eine ganze Reihe direkter und indirekter Kriegsgewinnler. So konnten Armenien und Georgien (sowie in geringerem Umfang auch Kirgisistan und Kasachstan) von der russischen Emigration sowie den sogenannten „Parallelimporten“ Russlands zur Umgehung der westlichen Sanktionsschranken profitieren, während die übrigen am Boom der Energiepreise partizipierten. Dieser trug auch wesentlich dazu bei, dass Russlands Wirtschaftseinbruch trotz der Sanktionen begrenzt blieb. Von diesem Boom profitierte neben Aserbaidshan selbst Turkmenistan. Sein alles überragender Exportartikel – Gas – verzeichnete beim alles überragenden Abnehmer – China – 2022 nach Aufhebung der Corona-Restriktionen ein Wachstum von 51 Prozent und erlöste 10,3 Milliarden US-Dollar. Gleichwohl blieb auf Grund der strukturellen Schranken der Binneneffekt begrenzt,



denn es profitierten nur wenige Wirtschaftssektoren und die politische Elite, während die Bevölkerung unverändert am Existenzminimum lebt, mit einer Inflation weit jenseits der vom IWF diagnostizierten 15 Prozent und einer Arbeitslosenquote, die von unabhängigen Beobachtern auf 60 Prozent geschätzt wird (offiziell sind es lediglich 5 Prozent).

Prinzipiell profitierte von diesem Boom auch Kasachstan, das im Zuge des Kriegs seinen Marktanteil in der EU auszuweiten suchte. Allerdings ist Kasachstan für seine Ölexporte auf den russischen Schwarzmeerhafen Noworossijsk angewiesen – wo, wie es der Zufall will, nach Beginn des Krieges dreimal für Wochen die Verladung durch die russischen Behörden eingeschränkt, bzw. gänzlich gestoppt wurde, wegen Unwetter, wegen Minensuche im Hafen und schließlich durch Gerichtsentscheid aus ökologischen Gründen.

Georgien profitiert im Unterschied dazu ähnlich wie Armenien ganz direkt von Russlands Krieg und befindet sich in einem Balanceakt, der seine Abhängigkeit sukzessive ansteigen lässt. So hat Georgien zehntausende russischer Kriegsemigrierte aufgenommen, sich auf der anderen Seite jedoch den westlichen Sanktionen verweigert und als Transitland für die russischen „Parallelimporte“ etabliert – sehr zum Wohlgefallen des russischen Außenministers, der es zu schätzen weiß, wenn sich Länder „dem westlichen Druck“ entziehen. Zugleich hat Georgien gezielt die Lücken genutzt, die der Exodus westlicher Firmen und Lieferanten auf dem russischen Markt hinterlassen hat. So stieg Georgien 2023 etwa zum größten Weinlieferanten Russlands auf, mit einer Steigerung um 63 Prozent im ersten Halbjahr, nachdem bereits 2022 eine Steigerung um 23% erzielt worden war (auf 161 Millionen US-Dollar, was 64% der gesamten Weinexporte Georgiens ausmacht). Fasst man die Kapitalzuflüsse durch die Emigration aus Russland, die Überweisungen der georgischen Arbeitsmigrierten in Russland, die Einnahmen aus dem russischen Tourismus und die Exporte zusammen, so waren 2022 nahezu 15 Prozent des georgischen BIP russischen Ursprungs (nach nur 6 Prozent im Vorjahr).

Das Gegenbeispiel ist Moldau, das im Unterschied zu Georgien keine finanziell potenten russischen Migrierten, sondern in noch weit größerer Zahl schutz- und hilfsbedürftige ukrainische Kriegsflüchtlinge aufgenommen hat (von denen nur ein Teil in die EU weitergereist ist, im Mai 2023 waren noch 109.000 offiziell registriert). „Parallelexporte“ entfallen dort ebenfalls, auch wenn Moldau sich erst im Frühjahr 2023 offiziell dem EU-Sanktionsregime angeschlossen hat. Während folglich der georgische Handel mit Russland drastisch anstieg, sank er 2022 in Moldau um etwa ein Drittel (mittlerweile werden nur noch etwa 25 Prozent des moldauischen Außenhandels mit der GUS abgewickelt, 60 Prozent dagegen mit der EU). Einen wesentlichen Anteil hat daran die Abkoppelung von den russischen Gaslieferungen, zu denen sich Chişinău wegen ständiger Lieferkürzungen und Gasproms erratischer Preispolitik gezwungen sah. Damit verknüpft war die Unterbrechung der Stromlieferungen, sowohl vom Hauptversorger in Transnistrien (dem Gasprom ebenfalls die Gaslieferungen kürzte) als auch durch die Ukraine nach den russischen Luftangriffen auf dessen Energieinfrastruktur im Herbst 2022. Hier mussten kurzfristig Energiebezüge aus der EU organisiert werden, was den Preisdruck nicht eben milderte. So kam es, dass die Inflation in der Spitze Ende 2022 auf über 30 Prozent anstieg und das Budgetdefizit, unter anderem zur Kompensation der privaten Haushalte, 2022 auf 3,3 Prozent des BIP (nach 2,6 Prozent im Vorjahr und 5,3 Prozent im Corona-Jahr 2020). Letzteres wurde zum Teil durch westliche Hilfskredite im Umfang von 671 Millionen US-Dollar aufgefangen, ersteres durch eine drastische Erhöhung der Zentralbankzinsen von 5,5 Prozent im Oktober 2021 über 12,5 Prozent

im März 2022 auf 21,5 Prozent im August 2022. Die prekäre gesamtwirtschaftliche Lage suchten Russland und seine Handlanger in der moldauischen Opposition vor allem im Herbst 2022 gegen die Regierung zu wenden, und ohne die externe Unterstützung wäre es für diese deutlich schwerer gewesen, sich dagegen zu behaupten.

Für das eigentliche Opfer der russischen Aggression, die Ukraine, ist diese fiskalische Unterstützung von ebenso existentieller Bedeutung wie der militärische Beistand. Nachdem sich die Ukraine 2021 langsam von der Corona-Depression befreit hatte, traf sie der russische Angriff mit voller Wucht. So ging ihre Wirtschaftsleistung 2022 um mehr als 30 Prozent zurück, mit der Folge, dass die Arbeitslosigkeit (inoffiziell) auf 36 Prozent und die Armutsquote auf mehr als 24 Prozent anstiegen, bei Anfang 2023 mehr als 5,3 Millionen Binnenflüchtlingen. Hinzu kommen 8,25 Millionen Ukrainer:innen, die Anfang 2023 in Europa als Flüchtlinge registriert waren. Nach Schätzungen der Weltbank beläuft sich der Finanzbedarf für die Beseitigung der Schäden nach einem Jahr Krieg Anfang 2023 auf 411 Milliarden US-Dollar.

Gemessen an dieser verheerenden Lage hat die Ukraine eine erstaunliche Widerstandskraft bewiesen. Zwar hat die Regierung eine Reihe restriktiver Maßnahmen eingeführt wie Preisgrenzen für die Gasversorgung privater Haushalte, Kapitalverkehrskontrollen und feste Wechselkurse (nach einer Abwertung der Hrywnia um 25 Prozent) sowie eine Reihe von Handelsbeschränkungen für Güter und Dienstleistungen, die zum Teil jedoch nach wenigen Monaten wieder aufgehoben wurden. Ferner erhöhte die Nationalbank ihre Leitzinsen Mitte 2022 auf 25 Prozent, um der Inflationsrate zu begegnen, die sich Ende 2022 auf 27 Prozent belief. Das Haushaltsdefizit machte einen drastischen Sprung von 3,8 Prozent des BIP im Jahre 2021 (damals noch unter dem Eindruck der Corona-Krise) auf 17,5 Prozent 2022, was die öffentliche Verschuldung auf 74 Prozent des BIP steigen ließ.

Die bi- und multilaterale Unterstützung der Ukraine hat beachtliche Dimensionen erreicht und ist inflationsbereinigt nur mit der Marshallplan-Hilfe nach dem Zweiten Weltkrieg zu vergleichen. Allein die Weltbank sagte 35 Milliarden US-Dollar zu (von denen bis 2023 bereits 21 Milliarden ausgezahlt wurden). Die internationale Unterstützung bewirkte, dass trotz der drastisch eingebrochenen Exporte (und der Direktinvestitionen, die von 7,5 Milliarden US-Dollar 2021 auf nur mehr 600 Millionen 2022 sanken) die Zahlungsbilanz 2022 erstmals seit Jahren mit 5,8 Prozent des BIP positive Werte aufwies und dass auch die Währungsreserven mit 28,5 Milliarden US-Dollar relativ stabil gehalten werden konnten. Und trotz des feindlichen Umfelds wurden selbst die Privatisierungen fortgeführt, wenn auch nur in einer reduzierten Größenordnung von 1,7 Milliarden Hrywnia.

Während die Ukraine von westlicher Seite eine präzedenzlose Unterstützung erfährt, ist Russland mit präzedenzlosen Strafmaßnahmen konfrontiert. Allerdings: In mehrfacher Hinsicht haben die Sanktionen des Westens ihr Ziel verfehlt. Weder wirkte die Drohung mit Sanktionen im Vorfeld der Aggression abschreckend, noch bewirkten die mittlerweile 13.000 Sanktionen einen politischen Sinneswandel in Moskau. Und kurz- wie mittelfristig verfehlten sie auch das Ziel, der russischen Wirtschaft signifikanten Schaden zuzufügen. Das hängt auch damit zusammen, dass das Sanktionsregime deutliche Lücken aufweist und namentlich bei den Öl- und Gasbezügen nur sehr verzögert – und dann immer noch nur halbherzig – in Kraft gesetzt wurde. Gleichwohl war

und ist Russland mit gravierenden Wirtschaftsproblemen konfrontiert, die sich dank der technokratisch veranlagten Manager:innen in der Regierung kurz- und mittelfristig eindämmen ließen, langfristig jedoch geeignet sind, die Entwicklungsperspektiven des Landes stark zu verdünnern.

Offizielle Zahlen werden seit dem Frühjahr 2022 nur noch sporadisch veröffentlicht, so dass die verfügbaren Informationen mit Vorsicht zu bewerten sind und sich häufig widersprechen. Offenkundig ist, dass entgegen den optimistisch stimmenden gesamtwirtschaftlichen Daten einzelne Branchen drastische Einbrüche zu verzeichnen haben. Das gilt etwa für die KFZ-Branche, deren Produktion 2022 um nahezu 70 Prozent zurückgegangen ist, oder für die Luftfahrt, der zunehmend die Maschinen und die Ersatzteile ausgehen, denn die eigene Produktion steckt immer noch in den Anfängen. Einen Boom erlebt lediglich die Rüstungsindustrie, wenngleich auch hier die Produktion moderner Waffen unter fehlenden, bzw. nur über Umwege zu beschaffenden elektronischen Bauteilen leidet. Bekannt wurde ferner, dass die russischen Banken durch die Abkoppelung von den westlichen Finanzmärkten nach Angaben der Zentralbank 2022 Gewinneinbußen in der Größenordnung von 90 Prozent erlitten (2,9 Milliarden US-Dollar). Hinzu kommt eine Kapitalflucht, die sich nach Angaben der Zentralbank zwischen Februar 2022 und Juni 2023 auf präzedenzlose 253 Milliarden US-Dollar belief – trotz aller Restriktionen im Kapitalverkehr. Und der Tourismus sank 2022 nach Angaben des Berufsverbands auf sage und schreibe 4 Prozent (210.000 Besucher) der Zeit vor Corona.

Der wichtigste Stabilisierungsfaktor war der Energiesektor, dessen gesamtwirtschaftliche Bedeutung deutlich anstieg. Auf ihn entfielen 2022 zwei Drittel aller Exporte mit Erlösen, die um 43 Prozent auf mehr als 380 Milliarden US-Dollar stiegen. Erst Ende 2022, als die EU ihre Gas- und Ölbezüge deutlich einschränkte, gingen diese zurück, mit der Folge, dass auch der Haushalt mit 2,3 Prozent des BIP defizitär wurde (eine Lücke, die sich 2023 deutlich vergrößern wird).

Während die Wirtschaftsmanager:innen in der Regierung die Schäden durch die Sanktionen einzudämmen versuchen, sehen andere in der politischen Führung, namentlich die sogenannten Silowiki in Putins engerem Zirkel, die Abkoppelung vom Westen vor allem als Chance – um durch Importsubstitution endlich die eigenen Produktivkräfte zu entfesseln, wie zu den bekanntlich höchst erfolgreichen Zeiten der UdSSR. Wie ließ sich doch 2023 Nikolaj Patruschew, der Sekretär des Nationalen Sicherheitsrats, Putins Politbüro sui generis, vernehmen: Es müsse „der wahre Kult des Wissenschaftlers, Ingenieurs und harten Arbeiters wiederbelebt“ werden, statt „in den Büros westlicher Unternehmen herumzusitzen“. Dass dies in wachsender Abhängigkeit von China geschieht, mit dem der Außenhandel 2022 die Marke von 190 Milliarden US-Dollar überschritt, wird billigend in Kauf genommen, imaginiert man sich doch in einer gemeinsamen Abwehrschlacht gegen die (fünfhundertjährige) Hegemonie des Westens, konkret der USA und ihrer „Satelliten“. Folglich wird die russische Wirtschaft zunehmend geostrategisch konditioniert, reduziert auf Beziehungen mit dem „freundlichen“ Lager der vermeintlichen „globalen Mehrheit“ sowie gestützt auf die beiden Standbeine Rohstoffexport und Militärindustrie-Komplex.

Die Chefin der Zentralbank, Elvira Nabiullina, die nach dem ersten Schock im Februar 2022 durch eine drastische Erhöhung des Leitzinses auf 20 Prozent und die Einführung von Kapitalverkehrskontrollen den Verfall des Rubels stoppen und zwischenzeitlich umkehren konnte, warnte auf dem St. Petersburger Wirtschaftsforum im Juni 2023 öffentlich vor einer so gewendeten „Restrukturierung“ der Wirtschaft, bei der nicht nur die „Privatinitiative unterdrückt“ werde, sondern auch „das Risiko einer Wiedereinführung der Planwirtschaft“ bestehe.

Bei den westlichen Unternehmen im Lande ist dies bereits deutlich erkennbar. Etwa 1.000 haben im Verlauf des Jahres 2022 das Land verlassen, um Reputationsschäden zu vermeiden oder weil ihre Einnahmen blockiert waren. Nachdem die Regierung im Sinne marktwirtschaftlicher Verfahren lange gezögert hatte, setzten sich im Verlauf des Jahres 2022 offenkundig die Patrioten im Kreml durch: Seit Dezember 2022 müssen rückzugswillige Unternehmen, um die schon länger geforderte staatliche Bewilligung zu erlangen, ihre Vermögenswerte mit einem Abschlag von 50 Prozent an (ausschließlich) russische Käufer:innen abgeben und darauf zudem eine Exit-Gebühr von 10 Prozent entrichten. Auch ist zunehmend von „drakonischeren“ Maßnahmen wie schlichter Enteignung die Rede, was de facto im April 2023 bereits die russischen Betriebe von Uniper und seiner finnischen Muttergesellschaft Fortum sowie im Juli die Zweigbetriebe von Danone und Carlsberg getroffen hat, wobei letztere von Putin-Cronies übernommen wurden. Schon seit März 2022 gilt ein Dekret, das Gebühren an Lizenzgeber:innen aus „unfreundlichen“ Ländern auf null setzte und zudem ganz offiziell den „Parallelimport“ westlicher Güter ohne Erlaubnis der Produzierenden gestattet. All dies rundet das Bild einer flagranten Verletzung von WTO-Regeln ab, denen sich Russland nominell immer noch verpflichtet fühlt.

Dass die makroökonomische Lage in Russland nur vorübergehend einbrach, hatte nicht nur mit Blick auf die Umgehung der Sanktionen positive Rückwirkungen für Zentralasien, anders als während der Corona-Krise, die einen negativen Multiplikatoreffekt auslöste. So blieben die Einnahmen aus den Transfers der (vornehmlich) in Russland beschäftigten Arbeitsmigrierten entgegen den ursprünglichen Prognosen 2022 in rekordverdächtiger Höhe und deren BIP-Anteil mit 32 Prozent (Tadschikistan), 31 Prozent (Kirgisistan) und 18 Prozent (Usbekistan) stabil. Allerdings lösten russische Bemühungen, aus dem Pool der Arbeitsmigrierten Kriegsfreiwillige zu rekrutieren, erhebliche Irritationen und im Fall des tadschikischen Präsidenten Rahmon beim Astana-Gipfel der GUS im Oktober 2022 sogar eine öffentliche Attacke auf Putin aus, dem er vorwarf, Zentralasien wie zu Zeiten der Sowjetunion zu behandeln. Im Gegenzug warben einige, wie Usbekistan mit seinem „TashRush“-Programm, aktiv um russische IT-Emigrierende, die in allen zentralasiatischen Ländern zum Aufbau florierender Startup-Hubs beitragen: dem „High-Tech Park“ in Kirgisistan, dem „Astana Hub“ in Kasachstan und dem „IT Park“ in Usbekistan, der 2022 insgesamt 3.000 Spezialistinnen und Spezialisten anzog.

## Governance

Auch bei der Qualität der Governance finden sich die beiden schon aus den Status-Indizes vertrauten Abwertungen. So verliert Russland 0,93 Punkte auf 2,55 (der mit Abstand schlechteste Wert seit 2006) und zählt damit zu den nunmehr drei Ländern mit „gescheiterter“ Regierungsführung. Seine Governance ist vor allem im Bereich der inneren Sicherheit, sprich der mit Beginn des Krieges allumfassenden Repression, effizient. Fokussiert und effizient erwies sich allerdings auch das Management der westlichen Sanktionen durch die Regierung – wenngleich diese unter dem Dilemma litt, dass sie deren Ursache, die Kriegsentscheidung, nicht beeinflussen konnte. Mehr noch wird rückblickend deutlich, dass namentlich Wladimir Putin seit dem Frühjahr 2021 – materiell wie ideell – mit Kriegsvorbereitungen befasst war, mit der tatsächlichen Entscheidung im Februar 2022 dann aber praktisch alle Entscheidungsträger:innen in Moskau einschließlich der Regierung auf dem falschen Fuß erwischte: Den ersten Truppenaufmarsch an der Grenze zur Ukraine gab es bereits im Frühjahr 2021, darauf folgte Putins legendärer Artikel, mit dem er im Juli die ukrainische Staatlichkeit zur Disposition stellte, dann parallel zur verstärkten Truppenmassierung im Dezember die ultimativen Vertragsentwürfe an die USA und die NATO, mit denen er die NATO-Erweiterung zurückdrehen wollte, und schließlich Schlag auf Schlag der Gesprächsmarathon mit Macron, Scholz und Orban, die Unabhängigkeitserklärung der beiden Donbas-„Volksrepubliken“ am 21. Februar 2022 und schließlich die Invasion.

Tab. 4: Qualität der Governance

sehr gut	gut	mäßig	schwach	gescheitert
Werte 10 bis 7	Werte < 7 bis 5,6	Werte < 5,6 bis 4,3	Werte < 4,3 bis 3	Werte < 3
	Ukraine ▲	Georgien	Kirgisistan ▼	Russland ▼
	Mongolei	Armenien	Usbekistan	Belarus
	Republik Moldau ▲	Kasachstan	Aserbaidshan	Turkmenistan
			Tadschikistan	

Die Tabelle folgt den Indexwerten im BTI 2024. Die Länder sind entsprechend ihrer Bewertung im Governance-Index angeordnet. Pfeile markieren Kategorienwechsel im Vergleich zum BTI 2022.

Das zweite abgestufte Land, Kirgisistan, verliert -0,36 Punkte (auf 4,06) und zählt nunmehr wie schon im BTI 2006 und 2010 zu den Ländern mit „schwacher“ Regierungsführung. Hier schlägt sich der dezidiert populistische Regierungsstil unter der Präsidentschaft Dschaparow nieder, der stark von opportunistischen Wendungen und Dezisionismus geprägt ist. Auch wurde deutlicher sichtbar, dass die mit der Verfassungsreform einhergegangene Zentralisierung der Entscheidungsverfahren im Amt des Präsidenten keineswegs wie angekündigt zu höherer Effizienz und Kohärenz führte, sondern zu signifikant weniger Transparenz und Rechenschaft sowie zu erkennbar mehr Verschwendung und Korruption. So wurden die Ausschreibungen für öffentliche Aufträge ebenso abgeschafft wie die öffentlichen Einkommenserklärungen der höheren Staatsbediensteten. Auch nahm die Repression zu. Ein Beispiel: 2022 führte Bischkek ein Gesichtserkennungssystem ein, in dessen Datenbasis alle Russinnen und Russen eingepflegt wurden, die von Moskau zur Fahndung ausgeschrieben worden waren, darunter viele Kriegsflüchtlinge, die auch auf andere Weise unter wachsendem Verfolgungsdruck stehen.

Den beiden Abstufungen stehen beim Governance-Index zwei Aufwertungen von der „mäßigen“ zur „guten“ Governance gegenüber (mit jeweils den besten Werten seit 2006): So gewinnt die Ukraine 0,73 Punkte (auf 6,04) und Moldau 0,70 Punkte (auf 5,69). Während es bei Moldau die zweite, diesmal sogar signifikante Verbesserung in Folge ist, konnte die Ukraine den Abwärtstrend aus dem BTI 2022 umkehren.

Das Bild der übrigen Länder stellt sich disparater dar, wobei sich die Demokratien insoweit von den Autokratien abheben, als letztere ganz überwiegend negative Werte aufweisen, während die Demokratien ihren Corona-Abwärtstrend aus dem BTI 2022 überwiegend stoppen und in einem Fall sogar umkehren konnten. So verbuchte Armenien eine Verbesserung um 0,10 Punkte (auf 5,03), während bei der Mongolei der Rückgang um 0,07 Punkte (auf 5,83) marginal blieb. Hier ist es erneut Georgien, das mit -0,35 aus dem Rahmen fällt und mit 5,21 den schlechtesten Wert seit 2006 verbucht.

Die Autokratien stagnieren dagegen oder befinden sich in einem Abwärtstrend. Dieser ist bei Belarus am krassesten ausgeprägt, das sich auch hier im Gleichschritt mit Russland (allerdings bereits zum zweiten Mal in direkter Folge) um 0,55 Punkte verschlechtert (auf 2,22) und damit den schlechtesten Wert seit 2006 bekleidet und auch im globalen Ranking auf Platz 127 (von 137) ganz am Ende rangiert. Zusammen mit Turkmenistan (-0,01 auf 2,18 und Platz 128) verbleibt Belarus damit in der Gruppe mit „gescheiterter“ Regierungsführung. Hier schlägt zu Buche, dass Lukaschenka unverändert alle Aktivitäten nach innen und außen seiner politischen Überlebensfähigkeit unterordnet und dabei im Verein mit dezidierten Hardlinern nach innen ganz auf den Sicherheitsapparat und militärische Disziplin setzt. Nach außen folgte eine enge Anlehnung an Russland, was eine Beschleunigung der Integration im Rahmen des 1999 vereinbarten, aber faktisch eingefrorenen, „Unionsstaats“ einschließt sowie seit Frühjahr 2023 sogar die Stationierung taktischer Atomwaffen. Aus der Gruppe mit „schwacher“ Regierungsführung büßen Tadschikistan 0,18 Punkte (auf 3,02) und Aserbajdschan 0,15 Punkte (auf 3,83) ein. Hier ist Usbekistan das einzige Land – und zudem die einzige Autokratie – mit einer leichten Verbesserung um 0,09 (auf 3,92), was eine kontinuierliche, wenn auch verlangsamte Verbesserung der Governance auf den besten Wert seit 2006 signalisiert. Kasachstan, die einzige Autokratie mit „mäßiger“ Regierungsführung, bleibt unverändert bei 4,56: Tokajews Emanzipation von seinem Vorgänger Nasarbajew blieb auch hier vor allem ein rhetorisches Manöver.

Beim Aufwärtstrend von Moldau und der Ukraine schlägt auch zu Buche, dass die Mitte 2022 verliehene Beitrittsperspektive zur EU der Transformation in beiden Ländern – bis auf weiteres – Ziel, Richtung und Kohärenz verliehen hat. Allerdings: Dass der Ukraine die Beitrittsperspektive eröffnet wurde, verdankt sich nicht den (begrenzten) Fortschritten im Zuge des EU-Assoziationsabkommens von 2014, sondern der Solidarität mit dem Kriegsoffer und der Tatsache, dass Europa künftig wieder geteilt sein wird, Grauzonen folglich zu vermeiden sind. Dies stellt Georgien mit seinem außenpolitischen Balanceakt zwischen Russland und dem Westen bereits jetzt vor einige Probleme, was seine innenpolitische Polarisierung erheblich verschärft.

Zwar hat die ukrainische Regierung eine Website „Ukraine-EU Agreement Pulse“ eingerichtet, auf der die Anpassungsfortschritte im Rahmen des Aktionsplans für das Assoziationsabkommen nachvollzogen werden können und die ganz überwiegend „progress on schedule“ ausweist. Allerdings waren die wichtigsten Erfolge in dieser Phase bei den marktwirtschaftlichen Anpassungen (wie z.B. den Regelungen zur Produktsicherheit) zu verzeichnen, was für den Handel mit der



EU unverzichtbar ist. Mit dem Beitrittsprozess wird erwartet, dass diese Dynamik nunmehr auch die Politik und die bislang blockierten Bereiche der öffentlichen Verwaltung erfasst, was bei der Beschleunigung der Justizreform erkennbar bereits der Fall ist, bei der Korruptionsbekämpfung nach Einschätzung der EU-Kommission dagegen weniger.

Russlands Angriffskrieg hat die personellen und materiellen Ressourcen der Ukraine massiv unter Druck gesetzt, was die Unterstützung aus dem Ausland zu einer Überlebensbedingung macht. In der Folge haben sich die in den Vorjahren konfliktbehafteten Beziehungen, etwa zum IWF, im Zuge des Krieges deutlich entspannt und präzedenzlose Hilfspakete mobilisiert. Ohne diese Unterstützung wird auch der Wiederaufbau nach einem Waffenstillstand kaum gelingen. Zugleich hatte der Krieg kaum vorhersehbare Folgen im politischen Setup des Landes, denn mit ihm wuchs Präsident Selenskyj in die Rolle eines charismatischen Führers, was seine Popularität, die sich vor dem Krieg der Nulllinie genähert hatte, in stratosphärische Höhen trieb. Das ist für die Mobilisierung und Fokussierung des Landes außerordentlich hilfreich, wenn nicht unverzichtbar, birgt mit Blick auf die Stabilität und Funktionsfähigkeit der Institutionen allerdings auch beträchtliche Missbrauchsgefahren. Auf jeden Fall ist dies das exakte Gegenteil des bürokratischen Herrschaftsstils von Putin, der lediglich sorgfältig orchestrierte Veranstaltungen absolviert und in seiner schon unter Corona zelebrierten Paranoia Monate brauchte, um sich auch nur in die Nähe der von ihm geschaffenen Front zu wagen. Der erste Besuch beim Militär fand im Oktober 2022 in einer Kaserne in Rjasan, kaum 200 km südöstlich von Moskau, statt. Es folgten ein einsamer nächtlicher Besuch in Mariupol im März 2023 und ein weiterer im April bei einem Kommandoposten im besetzten Teil der Oblast Cherson. Prigoschins Attacken auf die Militärführung und am Ende auch direkt auf deren Spiritus Rektor traf daher durchaus einen mit Sicherheit weiter verbreiteten gesellschaftlichen Nerv.

Auch Moldau konnte auf eine im besten Fall gemischte Anpassungsbilanz im Zuge des 2014 abgeschlossenen EU-Assoziationsabkommens blicken. Chişinău verdankt seine Aufnahme in den Kreis der Beitrittskandidaten daher zwar ebenfalls dem Krieg in der Ukraine, vor allem aber der Tatsache, dass seit Herbst 2021 eine politische Führung amtiert, bei der erstmals Präsidentin, Regierung und Parlament dezidiert an einem (reformorientierten) Strang ziehen. Das erlaubt anders als in der Vergangenheit eine enge operative Koordination mit den externen Partner:innen. Allerdings befindet sich Moldau seit 2022 in einem permanenten Krisenmodus, was die Umsetzung der strategischen Reformziele ebenso erschwert wie die Tatsache, dass ein beträchtlicher Teil des verantwortlichen politischen Personals nur über begrenzte Regierungserfahrung verfügt. Hinzu kommt immer wieder aufflammender innenpolitischer Widerstand, der aus Moskau materiell und propagandistisch befeuert wird.

Ein besonders beliebtes Angriffsziel ist dabei die Annäherung des Landes an Rumänien, zu dem Moldau von 1918 bis zur sowjetischen Annexion 1940 im Zuge des Hitler-Stalin-Pakts gehörte. Rumänien ist nicht nur das moldauische Einfallstor in die EU, sondern hat auch mindestens für die Hälfte der Bevölkerung rumänische Pässe ausgestellt. Dass Mitte März 2023 das Parlament mit seiner Mehrheit der „Partei Aktion und Solidarität“ Rumänisch zur Amtssprache der Republik Moldau erklärte, hat zwar keine materielle, aber symbolische Bedeutung. Und es verstärkte das Misstrauen der nach Moskau blickenden Teile der Moldauer Bevölkerung, dass ähnlich wie Anfang der 1990er Jahre eine Vereinigung mit dem größeren Nachbarstaat auf die Tagesordnung gerückt werden könnte.

Besonders ausgeprägt sind im BTI 2024 die negativen Veränderungen bei der internationalen Kooperation und der Glaubwürdigkeit als Partner der internationalen Gemeinschaft. Hier sind Russland und Belarus dank des Krieges die beiden Schlusslichter, knapp hinter Turkmenistan. Aber Aserbaidschan spielt wie schon im BTI 2022 ebenfalls eine höchst fragwürdige Rolle, die zugleich auch die Regierungsführung seines Nachbarn und Antagonisten Armenien beeinträchtigt. Dabei geht es vor allem um Bergkarabach, doch reicht der Konflikt zwischen beiden Staaten weiter. In seinem 44-Tage-Krieg im Herbst 2020 konnte Baku zwar erhebliche Territorialgewinne erzielen und seine von Armenien zwischen 1991 und 1994 besetzten Gebiete zurückgewinnen – bis auf zwei Drittel Bergkarabachs, deren Einnahme Russland mit dem von ihm erzwungenen Waffenstillstand im letzten Moment verhinderte. Seither nutzt Aserbaidschan seine militärische Überlegenheit gegenüber Armenien für immer neue Vorstöße, militärische wie diplomatische. „Coercive Diplomacy“ („Zwangsdiplomatie“) heißt das unverblümt in Baku. Dabei geht es um einen Landkorridor zur aserbaidischen Exklave Nachitschewan, vorzugsweise extraterritorial; es geht um eine abschließende Fixierung der Grenze zu Armenien, vorzugsweise auf Basis „historischer“ und nicht der offiziellen sowjetischen Karten, was immer wieder insinuierte Territorialansprüche im Süden Armeniens (die Provinz Sjunik/Sangesur) einschließt, denen Baku mit einem militärischen Vorstoß im September 2022 Nachdruck verliehen hat;<sup>2</sup> und es geht um Bergkarabach, wo das Schicksal der 120.000 verbliebenen Armenier:innen auf dem Spiel steht.

Zwar sieht das Waffenstillstandsabkommen vor, dass die russische Friedenstruppe mit 1.900 Soldaten die Sicherheit Bergkarabachs und den ungehinderten Zugang zur Region garantiert. Das hat jedoch Baku nicht daran gehindert, mit immer neuen provokativen Verletzungen des Abkommens die Durchsetzungsfähigkeit der russischen Garantiemacht zu testen. Kein Wunder, denn von dieser ist seit dem Krieg in der Ukraine nicht mehr viel übrig: So konnten aserbaidische „Öko-Demonstrierende“ Mitte Dezember 2022 widerstandslos den Korridor für mehr als 90 Tage blockieren, Baku im Anschluss daran Ende April 2023 widerrechtlich einen Grenzkontrollposten errichten und Mitte Juni den Zugang für 10 Tage komplett stoppen, so dass selbst eine Notversorgung der Bevölkerung durch das Rote Kreuz nicht länger möglich war. Das Ziel, das Gebiet ethnisch zu säubern, war offensichtlich und ist zum Zeitpunkt des Erscheinens dieses Berichts bereits erfolgt.

Armenien steht mit dem Rücken zur Wand, und ausländische Unterstützung ist auch nicht zu erkennen. Zwar akzeptiert Ministerpräsident Paschinjan seit April 2022 die territoriale Integrität Aserbaidschans, gegen heftigen Widerstand der Opposition und namentlich ihres Anführers Robert Kotscharjan, der seine Instruktionen üblicherweise direkt aus Moskau bezieht. Paschinjan beharrt jedoch auf internationale Verhandlungen über den Status der Bevölkerung dort, die Alijew konsequent als „innere Angelegenheit“ Aserbaidschans verweigert. Daran konnten die seit Herbst 2022 intensivierten Verhandlungsrunden in Moskau, Washington, Brüssel, Prag und Moldau nichts ändern. Die Passivität Russlands sowie der von ihm geführten kollektiven Sicherheitsorganisation OVKS hat Armeniens Vertrauen in die Schutzmacht massiv erschüttert, doch ist eine Alternative nicht in Sicht. Zwar patrouilliert seit Herbst 2022 in Armenien an der Grenze zu Aserbaidschan eine Beobachtungsmission der EU, die jedoch noch weniger bewegt als die

---

<sup>2</sup> Zwischen Kirgisistan und Tadschikistan, wo im September 2022 ebenfalls wiederholt Gefechte ausgebrochen waren – mit mindestens 400 Toten und mehr als 130.000 Evakuierungen auf kirgisischer Seite – gibt es ebenfalls Probleme mit der einvernehmlichen Grenzmarkierung: Nur 664 Kilometer der insgesamt 972 Kilometer langen Grenze sind fixiert, verhandelt wird seit 2002.

Russen – und zudem dadurch kompromittiert wird, dass Brüssel zur gleichen Zeit Baku und seine Energieressourcen hofiert. Das Duell Autokratie versus Demokratie neigt sich bedenklich zugunsten Bakus.

In einem anderen Teil der Region, in Zentralasien, entfaltet zudem eine andere autokratische Macht, die Volksrepublik China, im Zeichen ihrer 2013 initiierten BRI-Seidenstraßeninitiative immer offensiver ihr Potential. So waren Kasachstan und Usbekistan die ersten Länder, die Xi Jinping nach Aufhebung der Corona-Restriktionen im September 2022 besuchte. Und im Mai 2023 fand in Xian mit ungewöhnlichem Pomp der erste 5+1 China-Zentralasien-Gipfel statt. Damit gewinnt eine zweite autokratische Macht an Profil, die bei Bedarf nicht nur als Gegengewicht zu Russland in der Region dienen kann, sondern vor allem auch den zentralasiatischen Autokratien eine wirtschaftlich potente Alternative zum Westen bietet. Die erweiterten Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (Enhanced Partnership and Cooperation Agreements), die die EU mit Kasachstan abgeschlossen und mit Kirgisistan im Juli 2019 sowie mit Usbekistan im Juni 2022 unterzeichnet hat, haben in dieser Machtkonstellation noch geringere Chancen, die mit ihnen verknüpften Transformationsagenden umzusetzen.

## Ausblick

Seit 2020 wurde die Region, die sich von Osteuropa über den Kaukasus bis Zentralasien erstreckt, von zwei Schocks getroffen. Der erste, die Corona-Pandemie, war extern, betraf alle Länder in gleicher Weise, fand jedoch unterschiedliche Antworten. Sie fielen bei den Demokratien der Region ähnlich aus wie in der Europäischen Union, während bei den Autokratien das gesamte Spektrum globaler Fehlleistungen, von der Ignoranz bis hin zum politischen Missbrauch, festzustellen war. Die Folgen der Epidemie spielten ab 2022 in Politik und Wirtschaft aller Staaten kaum mehr eine Rolle.

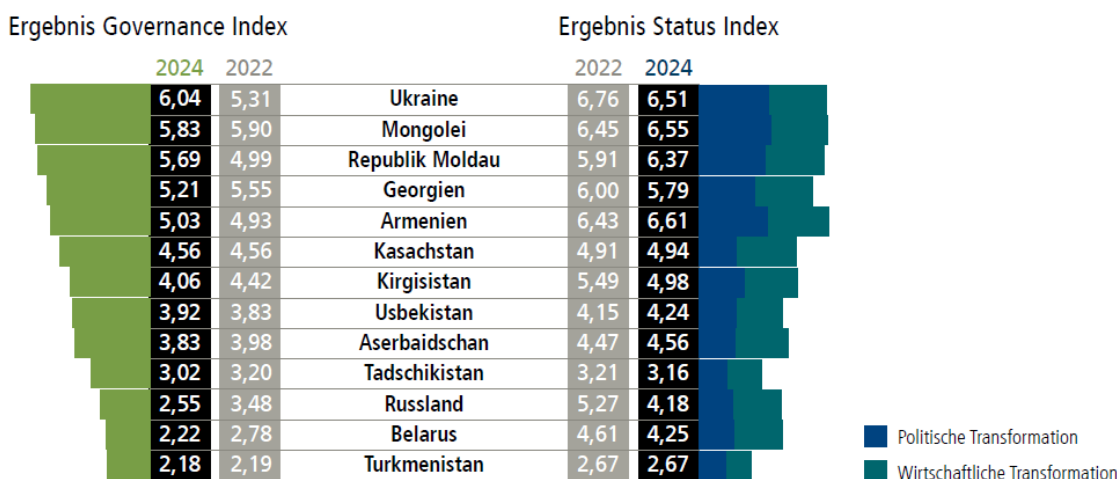
Der zweite Schock ging von der Region selbst aus und zwar von dessen organisierendem Zentrum, als das sich Russland gerne imaginiert. Es war und ist der Krieg, den Russland am 24. Februar 2022 in der Ukraine entfesselte, und er trifft die Länder der Region ebenfalls massiv, wenngleich sehr unterschiedlich. Anders als die Waffengänge an der Peripherie der Region, wie jener, der zwischen Aserbaidschan und Armenien auch 2021 und 2022 immer wieder aufflammte, oder die wiederholten Gefechte zwischen Tadschikistan und Kirgisistan, betrifft dieser Krieg die Region in ihrer Gesamtheit.

Was letztlich zu der verhängnisvollen Entscheidung in Moskau führte, werden – vielleicht – eines Tages die Historiker:innen herausfinden, auch welche Rolle Putins idiosynkratische Interpretation der ukrainischen und der russischen Geschichte spielte. Klar ist lediglich: Es war eine einsame Entscheidung des Herrn im Kreml, und sie basierte auf den grundlegend falschen Prämissen, einen schnellen und unkomplizierten Sieg erringen zu können. Das zeigt schlaglichtartig erneut die strukturellen Schwächen personalistischer Autokratien: die selektive Realitätswahrnehmung, in diesem Fall verstärkt durch Putins Selbstisolation durch seine gut dokumentierte und öffentlich zelebrierte Corona-Paranoia. Fest steht auch, dass das Klima in der politischen Klasse Russlands seit 2014 zunehmend durch eine kollektive anti-westliche Paranoia geprägt war. Den USA und der EU wurde nachgesagt, Russland den beanspruchten Status als Großmacht zu verwehren und zugleich über Farbenrevolutionen – in der Ukraine seit 2014 als "Coup"

denunziert - auf Regime Change in Moskau hinzuarbeiten. Dabei paarte sich in einer bemerkenswerten Paradoxie die Wahrnehmung, dass der Westen sich auf einem absteigenden Ast befinde und um seine globale Hegemonie fürchte, während Russland immer stärker werde und die Schaffung einer multipolaren Weltordnung auf die Tagesordnung setze.

Das ist ein vertrautes Muster, das Umberto Eco 1995 als eines der 14 tragenden Elemente in seiner Phänomenologie des "Urfaschismus" identifizierte: die Paradoxie, dass die unverzichtbaren Feinde "durch eine ständige Verlagerung des rhetorischen Brennpunkts gleichzeitig zu stark und zu schwach sind". Zwar dient der Faschismus aktuell als wechselseitiger denunziatorischer Kampfbegriff - "Nazis" und "Banderovciji" in der Ukraine versus "Ruschismus" in Russland -, aber es sticht ins Auge, dass im Verlauf der letzten Jahre auch die anderen Elemente Ecos in Russland immer präsenter wurden, wobei der antiwestliche Reflex die wichtigste Referenz und sein Kristallisationspunkt ist. Mit dem Krieg, der das Land immer stärker in eine existentielle Grenzsituation manövriert, hat sich die autokratische Wende zum Faschismus vollendet.

Der Krieg, den Russland in der Ukraine entfesselt hat, und den es seit mehr als einem Jahr mit wachsender Härte führt, beeinflusst bereits jetzt Politik und Wirtschaft der gesamten Region. Sein Ausgang wird deren Gesicht voraussichtlich für lange Zeit festschreiben. Zwar konnten einige Länder wie Armenien, Georgien, Kasachstan sowie Kirgisistan und Usbekistan ökonomisch davon profitieren, dass Moskau versuchte, das westliche Sanktionsregime auszuhebeln und zugleich hunderttausende seiner Bürger:innen durch Krieg und Mobilmachung in die Emigration trieb. Dem stehen jedoch die dramatischen Verluste der Ukraine sowie durch indirekte Einwirkung auch jene Moldaus gegenüber. Und politisch ist die Bilanz noch weniger ausgewogen. Das gilt namentlich für Armenien, dessen ökonomischer Gewinn durch die politischen Kosten mehr als aufgewogen wird, denn Russlands Schwächung durch den Krieg in der Ukraine geht mit einer deutlichen Stärkung Aserbaidschans einher, das mit seiner militarisierten Diplomatie gegenüber Armenien faktisch freie Hand gewonnen hat. Einen politischen Gewinn konnten lediglich die Ukraine und Moldau verzeichnen, als sich deren Chancen auf einen Beitritt zur EU im langen Schatten des Kriegs deutlich verbessert haben.



Damit birgt der Krieg das akute Risiko, die Zweiteilung der Region festzuschreiben, denn was als Integrationskonkurrenz im Zuge der Assoziationsabkommen mit der EU und der Gründung der Eurasischen Wirtschaftsunion begann, verdichtet sich in seiner Folge zu einer harten, Loyalität einfordernden, Konfrontation. Die damit einhergehende militärische Absicherung durch wechselseitige Abschreckung, mit der NATO auf der einen und Russland auf der anderen Seite, zeichnet die politischen Optionen der Staaten der Region vor, was in der Folge deren außen- wie innenpolitischen Spielraum zunehmend einschränken wird.

Für Russland ist angesichts des Krieges, folgt man den offiziellen Erklärungen und den begleitenden Kommentierungen, die Angelegenheit bereits jetzt entschieden: Der, man höre und staune, seit Peter dem Großen beschrittene Weg nach und die Orientierung am Westen ist auf absehbare Zeit, ja dauerhaft vorbei. Russland verkörpert ab sofort eine eigenständige eurasische und euro-pazifische "Staatszivilisation", wie es in der neuen Außenpolitischen Doktrin vom März 2023 heißt. Der Anspruch reicht allerdings weiter, denn die Doktrin beansprucht auch die "Schaffung eines gemeinsamen humanitären Raums der Russischen Föderation und der Mitgliedsstaaten der GUS, die Bewahrung der Jahrhunderte alten zivilisatorischen und spirituellen Verbindungen der Menschen Russlands mit den Menschen dieser Staaten". Die potentiellen Konsequenzen solcher Äußerungen erlebt gegenwärtig die Ukraine: Es ist auf Grundlage der erneut beanspruchten Einzigartigkeit Russlands die Reaktivierung der einst mit dem Marxismus-Leninismus begraben zivilisatorischen Mission.

Ob sich die angesprochenen Länder diesen Avancen entziehen können - oder wollen - steht dahin. Das gilt umso mehr, als mit China eine weitere noch potentere Autokratie von Osten in die Region vordringt, die jedenfalls nicht auf Transformationen drängt, die den russischen Leitvorstellungen zuwiderlaufen. Umso mehr benötigen jene, die sich den zitierten Avancen nicht unterwerfen wollen, eine Rückendeckung, die die EU und die NATO einstweilen nur dosiert gewähren. Setzt sich Russland in seinem Krieg durch und vollendet sich die Lagerbildung, wird die Grauzone verschwinden, in der sich bisher Länder wie Georgien, Armenien, die Ukraine und Moldau, aber auch Kirgisistan oder Kasachstan bewegten. Die externe Konditionierung der inneren (Transformations-)Entwicklung wird sich verstärken. Es hängt folglich viel ab vom Ausgang des Ringens zwischen der Ukraine und Russland.

## Über den BTI

### Governance im internationalen Vergleich

Seit 2004 analysiert und bewertet der Transformationsindex der Bertelsmann Stiftung (BTI) regelmäßig die Qualität von Demokratie, Marktwirtschaft und Regierungsführung in 137 Entwicklungs- und Transformationsländern. Grundlage für die Bewertung sind über 5.000 Seiten an detaillierten Länderberichten, die in Zusammenarbeit mit über 280 Experten führender Universitäten und Think Tanks in über 120 Ländern erstellt werden.

Der aktuelle Untersuchungszeitraum erstreckt sich vom 1. Februar 2021 bis zum 31. Januar 2023.

Der BTI ist der einzige international vergleichende Index, der die Qualität von Regierungshandeln mit selbst erhobenen Daten misst und eine umfassende Analyse von politischen Gestaltungsleistungen in Transformationsprozessen bietet.

### Transformation Index BTI 2024

ISBN  
978-3-86793-974-4  
AUFLAGE  
1. Auflage  
UMFANG/FORMAT  
80 Seiten, Broschur

PREIS **18,00 €**  
ZZGL. VERSANDKOSTEN





## Kontakt

Bertelsmann Stiftung  
Carl-Bertelsmann-Straße 256  
33311 Gütersloh  
Phone +49 5241 81-0

Sabine Donner  
Senior Expert  
Telefon +5241 8181501  
sabine.donner@bertelsmann-stiftung.de

Dr. Hauke Hartmann  
Senior Expert  
Telefon +5241 8181389  
hauke.hartmann@bertelsmann-stiftung.de

[www.bti-project.org](http://www.bti-project.org)

[www.bertelsmann-stiftung.de](http://www.bertelsmann-stiftung.de)